

Soziale Marktwirtschaft stärken

Birgit Berdux-Pusch (Hessen): „Soziale Marktwirtschaft fördern und nicht ständig neue Regelwerke einführen. Leistung muss sich lohnen! Mehr Eigenverantwortung für den Bürger direkt.“

Rainer Kampmann (Nordrhein-Westfalen): „Deutschland benötigt eine Rückbesinnung auf eine ordoliberalen Wirtschaftspolitik. Der Staat sollte sich neben dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnungsrahmen auf die Themenfelder konzentrieren, die für die Öffnung von Entwicklungsoptionen und die Mindestsicherung seiner Einwohner relevant sind. Das Subsidiaritätsprinzip muss in allen öffentlichen Bereichen gestärkt werden.“

Gerhard Schulze (Nordrhein-Westfalen): „In der Auslegung der Sozialen Marktwirtschaft muss der Begriff wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Soll heißen: Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft müssen verbessert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Der Spielraum für das Soziale der Marktwirtschaft wird somit geschaffen. Heute steht leider die Umverteilung im Vordergrund. Ein grobes Missverständnis von Sozialer Marktwirtschaft!“

Andreas Rotterdam (Nordrhein-Westfalen): „Wir müssen die Regulierungswut eindämmen und mehr Eigenverantwortung einfordern. Wir müssen generell größere Freiheiten gewähren und bei Regelverstößen härter durchgreifen. Das Mündel des Staates ist die Gesellschaft und nicht das Individuum.“

Christian Ceyp (Niedersachsen): „Die Eigenverantwortlichkeit eines Jeden sollte wieder stärker in den Mittelpunkt der Betrachtung gezogen werden. Viel zu oft soll der Staat die Menschen mit ihren Problemen auffangen. Das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe sollte leitend sein. Auch ist ein anreizorientiertes System erforderlich, was Leistungen belohnt. Nur so lässt sich die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft nachhaltig sichern.“

Goetz Peter Bierlich (Thüringen): „Die Politik muss endlich die Leistenden als ihre wichtigsten Kunden akzeptieren und den maximal würdigen, der etwas zum Gemeinwohl beiträgt. Der Sozialstaat ist überkomplex entwickelt und muss dringend vereinfacht werden, damit er billiger und vor allem effizienter zugunsten derer wird, die ihn wirklich benötigen. Hilfe den Bedürftigen statt Subventionierung der Sozialstaatsindustrie.“

Professor Dr. Axel Olaf Kern (Baden-Württemberg): Förderung individueller sozialer Verantwortung durch erfolgreiche Gesellschaftsmitglieder! Verstärkung von Leistungswilligkeit und Leistungsbereitschaft durch anreizkompatible Belohnungsmodelle.

Thomas von Bülow (Baden-Württemberg): Die Hauptaufgabe ist, eine Anpassung der sozialen Marktwirtschaft an die sich technologisch überproportional schnell verändernde Umwelt. Dabei sind Agilität, Adaptionsfähigkeit als Ziel für Innovationen zugrunde zulegen anhand internationaler Vergleiche.

Carsten Strube (Hessen): „Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands wird in erheblichen Maße davon abhängen, dass die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln erhalten bleiben und weiter verbessert werden. Funktionierende soziale Sicherungssysteme sind unabdingbar für eine soziale Marktwirtschaft. Sie müssen gerecht und finanzierbar sein und sie dürfen die Verantwortung des einzelnen nicht in Frage stellen.“

Dr. M. Blaschko (Hessen): „Wir müssen wieder weg von der Umverteilungspolitik, um Möglichkeiten für Steuersenkungen zu schaffen. Arbeit und Leistung müssen sich wieder deutlich stärker lohnen.“

Dr. Alexander Bode (Hessen): „Wir brauchen dringend wieder einen Diskurs für mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie / Steuern / Sozialabgaben. Die Digitalisierung ermöglicht es, unsere Systeme zukunftsfest zu machen, ohne die Bürgerinnen und Bürger zu überfordern. Dazu braucht es mutige politische Entscheidungen für einen schlanken Staat und steuerliche Entlastung.“

Bürokratie

Dieter Neschen (Nordrhein-Westfalen): „Der Verwaltungswahn muss aufhören.“

Malte Oellers (Nordrhein-Westfalen): „Wir brauchen einen massiven Abbau von Bürokratie! Ich arbeite inzwischen ca. 20 Stunden im Monat an Statistiken, Erhebungen, Meldungen, Aufbau von neuen Regeln zum Thema Datenschutz etc. und habe weniger Zeit, mich um Kunden, Umsatz, Mitarbeiter zu kümmern.“

Manuel Dieckmann (Nordrhein-Westfalen): „Aus meiner Sicht ersticken wir langfristig an einer maßlosen Bürokratie. Als Unternehmer hat man das Gefühl, dass man immer mehr verwaltet und immer weniger unternimmt. So verlieren Unternehmer langfristig die Motivation und dementsprechend kann sich das im schlimmsten Fall auf ein ganzes Land übertragen. Lassen Sie uns gemeinsam diese Fesseln lösen um weiterhin stark und leistungsfähig zu bleiben.“

Dr. Bernd-Uwe Stucken (Hamburg): „Deutschland ist im internationalen Vergleich überreguliert. Wir brauchen eine Initiative zum Abbau unnötiger Regulierungen. Das gilt auch für europarechtliche Vorgaben. Eine solche Initiative ist eine politische Aufgabe, die nicht an die Verwaltungen delegiert werden kann.“

Dr. Joachim Maier (Baden-Württemberg): Ernst gemeinter Bürokratieabbau, um die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Ländern zu erhalten.

Florian Schmieder (Baden-Württemberg): Es ist dringend notwendig, eine Reform zur Entbürokratisierung anzugehen. In vielen Bereichen ist meiner Meinung nach weniger Regulierung durch Staat und EU sinnvoll.

Rainer Zinger (Baden-Württemberg): Entbürokratisierung – und dazu gehört auch der Ersatz von Meldungen an die statischen Ämter durch Auswertung der Daten der Finanzbehörden. Zudem bedarf es einer drastischen Vereinfachung von Steuer- und Sozialversicherungsrecht.

Olaf Dreher (Baden-Württemberg): Abbau der Bürokratie vor allem für Existenzgründer und Start-Ups. Anmelde- und Genehmigungsprozedere digitalisieren, Steueranmeldungen zeitlich und sachlich komprimieren und Misstrauen gegen Unternehmertum allgemein abbauen.

Bernd Brickmann (Bremen): Im Rahmen der konjunkturellen positiven Ausrichtung ist es wichtig keine übermäßigen sozialen Geschenke zu verteilen. Es ist wichtiger Spielräume bei einem konjunkturellen Abschwung zu bekommen und in diesem Fall gegenzusteuern. Abmilderung einer sogenannten "Rezessionskurve".

Udo-H. Wenck (Sachsen-Anhalt): In der heutigen wirtschaftlichen Hochphase halte ich es für falsch, dass keine Schuldentilgung erfolgt! Meiner Ansicht nach, hat keine Partei den Wunsch/Gedanken die Schulden abzubauen um die nächste Generation zu entlasten! Es ist scheinbar nicht mehr populär Schulden abzubezahlen. Geld zu verteilen ist für die politische Karriere hilfreicher. Ich habe leider den Eindruck, dass

die Mehrzahl der Politiker nur in Wahlperioden denken und das große Ganze (Rentenreform, Steuerreform, Gesundheitsreform) zu kurzfristig betrachten.

Erik Möllmann (Sachsen-Anhalt): Wirtschaftspolitische Veränderungen brauchen endlich wieder Vorlauf, damit man sich als Unternehmen darauf einstellen kann. Für die Mindestlohneinführung blieben meinem Unternehmen effektiv sechs Wochen Vorlauf. Im Endeffekt haben wir 40 % Umsatz verloren. Für einige Produkte musste ich eine Preisbindung bis Mitte 2019 eingehen; erfahre aber erst im kommenden Monat, welche Löhne ich ab Januar zahlen muss. Kein brauchbarer Vorlauf = keine brauchbare Wirtschaftspolitik.

Eckart Nürnberger (New York): Deutschland muss sich dem internationalen Standortwettbewerb stellen! Gesetzliche und administrative Vorgaben (bspw. umweltpolitische, bauplanungsrechtliche, arbeitsrechtliche Vorgaben) müssen mit den erforderlichen Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Industriestandort Deutschland in Einklang gebracht werden. Die Bereitschaft zur Übernahme unternehmerischer Risiken insbesondere für mittel- und langfristige Investitionen steigt nur, wenn diese kalkulierbar sind.

Peter J. Uth (Hessen): „Der Mittelstand droht durch eine Jahr für Jahr steigende Bürokratie darin zu ersticken. Davon sind auch kleine Unternehmen und Neugründungen stark betroffen. Gesetzesänderungen die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen haben, sollten einer gesonderten Prüfung/Zustimmung von z.B. DIHK und Handwerkskammern unterliegen.“

Dr. Eckardt Nowak (Sachsen): „Dringender Abbau der Bürokratie, die gerade kleinen und mittleren Unternehmen viel Zeit und Geld kostet und oft ohne professionelle Hilfe nicht zu bewerkstelligen ist. Jüngstes Beispiel: DSGVO.“

Arbeitsmarktpolitik

Peter Hübner (Nordrhein-Westfalen): „Wir müssen die Flexibilisierung der Arbeitszeit durch Vereinbarungen der Sozialpartner ermöglichen, um damit auch auf Arbeitgeberseite die Attraktivität der Verbandszugehörigkeit und damit die Tariftreue zu erhöhen.“

Dr. Peter Ruland (Hamburg): „Ich halte eine Lockerung des Kündigungsschutzes, also eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, bei gleichzeitiger Erhöhung des

Arbeitslosengeldes für sehr sinnvoll. Dadurch wird die Zeitarbeit zurückgedrängt und die Unternehmen können sich an die Veränderung der Märkte besser anpassen. Gleichzeitig wird den Arbeitnehmern mehr geholfen eine neue Arbeit dort zu finden, wo ihre Arbeitskraft benötigt wird, ohne dabei finanzielle Einbußen in Kauf nehmen zu müssen.“

Petra Winkler (Thüringen): „Es braucht dringend mehr Anstrengungsbereitschaft unter der Bevölkerung. Leistung muss belohnt werden, sagt schon das Wort ---LOHN. Gewerkschaften und Politiker sprechen nur von weniger arbeiten, mehr Flexibilität, aber mehr Geld. Die Arbeiter dürfen nicht mehr mit hohen Abgaben, starren Gesetzen bestraft werden Unternehmerisches Risiko darf nicht mehr bestraft werden in diesem Land.“

Dr. Martin Ulmer (Hessen): „Das solidarische Grundeinkommen sollte eingeführt werden.“

Marcus Pohl (Hessen): „Es muss eine politische Lösung für das Problem der Scheinselbständigkeit gefunden werden. Anstatt froh zu sein, dass Menschen auf eigene Faust und Rechnung arbeiten wollen, werden hier Existenzen zerstört, die dann dem Sozialsystem auf der Tasche liegen.“

Renten- und Sozialpolitik

Georg Kaiser (Nordrhein-Westfalen): „Wir brauchen eine Entlastung der Sozialsysteme! Bei den demographischen Entwicklungen steuern wir auf einen finanziellen Kollaps zu.“

Detlef Häder (Niedersachsen): „Eine Rentenreform ist meiner Meinung nach unabdingbar, ich bin der Meinung dass unser Rentensystem in den nächsten 10 Jahren kollabieren wird.“

Prof. Dr. Hilmar Fuchs (Sachsen): „Erhöhung des Renteneintrittsalters stufenweise bis 2030 auf 70 Jahre und bis 2050 auf 73 Jahre.“

Steuer- und Haushaltspolitik

Rainer Ludwig (Nordrhein-Westfalen): „Wir müssen endlich die kalte Progression und den Soli abschaffen und zwar morgen und nicht Überübermorgen.“

Frank Schiwiek (Nordrhein-Westfalen): „Es muss darauf geachtet werden, dass nicht nur die großen Konzerne, sondern oder gerade die mittelständischen Unternehmen zum einen steuerlich deutlich entlastet und zum anderen bürokratische Hürden deutlich reduziert werden. Keep it simple, Germany!“

Harald Suschke (Schleswig-Holstein): „Wir müssen endlich eine wirklich vereinfachende Steuerreform umsetzen und die 'Riesenbürokratie' um die Flüchtlingspolitik vereinfachen, damit geeigneten Einwanderern und ihren Familien auch die Gelegenheit zu geben, hier Fuß zu fassen! Die Steuersparmöglichkeiten des 'Großkapitals' müssen reduziert werden! Lasst uns nicht nur vor Wahlen von Entlastung des Mittelstandes reden, sondern auch danach Zeichen zur Umsetzung setzen!“

Klaus Kunter (Thüringen): „Wenn alle Menschen mit steuerpflichtigem Einkommen dazu verpflichtet würden, in die Sozialkassen einzuzahlen, wäre eine große Zeitbombe der Zukunft entschärft.“

Klaus Hekking (Baden-Württemberg): 1. Solidaritätszuschlag komplett abschaffen 2. Im Grundgesetz eine Bestimmung aufnehmen, wonach bei der Einkommenssteuer die Folgen der kalten Progression periodisch ausgeglichen werden müssen.

Martin Ernst (Baden-Württemberg): Deutschland braucht dringend eine große Steuerreform, die den Namen verdient zur drastischen Vereinfachung des viel zu komplizierten, zum Teil selbst Steuerberatern nicht mehr verständlichen Steuersystems über sämtliche Steuerarten.

Dr. Wolfgang Schmal (Berlin-Brandenburg): Schuldenabbau in den jetzt wirtschaftlich guten Zeiten vorantreiben, um in schwierigen Zeiten handlungsfähig zu bleiben.

Dr. Thomas Klaue (Berlin-Brandenburg): 1. Radikale Senkung der Steuern zur Stärkung der Kaufkraft, Einführung eines Familiensplittings 2. Senkung der staatlichen Ausgaben insbesondere im konsumtiven Bereich (Sozialausgaben, Flüchtlinge) 3. Kürzen (am besten Wegfall) der völlig aus dem Ruder gelaufenen Subventionen der Erneuerbaren

4. Massive Investitionen (diese ggf. auch schuldenfinanziert) in Infrastruktur, Bildung, F&E/Digitalisierung (mit europäischer Lösung für sichere Datentransfers)

Matthias Luderich (Berlin-Brandenburg): Wir brauchen angesichts der immer weiter sinkenden Staatsschuldenquote und einer immer weiter steigenden Steuer- und Abgabenquote endlich eine substantielle Entlastung für Mittelschicht und Mittelstand. Gleichzeitig muss der Sozialanteil im Bundeshaushalt sinken und die Investitionen in Bildung und Digitalisierung endlich spürbar werden. Hier kann der aktuelle Koalitionsvertrag nur ein Anfang sein.

Dr. Thomas Mueller-Thuns (Berlin-Brandenburg): Weitere Transferleistungen stoppen; kein Ausbau des Wohlfahrtsstaates sowie Senkung der Sozialabgaben, der Staatsquote und der Unternehmensbesteuerung.

Frank Sibert (Hessen): „Erbchaftssteuer: wir benötigen dringend eine gerechtere Verteilung der Vermögen durch eine Vermögensteuer. Gleichzeitig sollte der Spitzensteuersatz reduziert werden, um Arbeitseinkommen zu entlasten und Vermögen zu belasten. Das würde auch die Spaltung der Gesellschaft reduzieren.“

Volker Carluß (Sachsen): „Wichtig ist eine Stärkung und Steuerentlastung für den Mittelstand. Damit sollen notwendige Investitionen ermöglicht werden.“

Bildungspolitik

Marcela Skobis (Nordrhein-Westfalen): „Wir müssen die Ausbildungen optimieren, keinesfalls die Qualität reduzieren. Wir müssen junge Menschen zum Handwerk zu bringen, nicht immer nur Digitalisierung und IT-Spezialisten hochloben. Es muss genau abwägt werden, welche Berufe wegfallen werden in den nächsten 10 Jahren.“

Hermann Rothert (Niedersachsen): „Die Bildungspolitik läuft seit dem Jahr 1968 völlig aus dem Ruder. Es ist vorhersehbar, dass in 20 Jahren die Hälfte des Nachwuchses den normalen Anforderungen des Wirtschaftslebens nicht mehr gewachsen ist. In der Breite sinkt die Qualität der unteren Hälfte Arbeitnehmer rapide. Die Bildung sollte in hohem Maß vom Bund gestaltet werden.“

Hermann Mayer (Rheinland-Pfalz): „Bildung verstärkt zum zentralen Zukunftsthema machen. Nur eine gut gebildete Jugend ist in der Lage, die Anforderungen der Zukunft zu gestalten. Dies beinhaltet auch massiv auf die Einwanderungsströme schnell zu reagieren und hierbei auch unser Wertesystem zu verteidigen. Der Beruf von

Lehrkräften muss auf allen Ebenen attraktiver werden, inklusive flankierende Maßnahmen durch Sozialarbeit an Schulen. Lehrer alleine können keine mangelnde Erziehung kompensieren.“

Ralf Krippner (Baden-Württemberg): In der Schulbildung praktische Wirtschaftsthemen nicht länger außer Acht lassen. Digitalisierung als Schulfach oder zumindest Lehrplaninhalt.

Mathias Wrede (Bremen): Bildung muss in den absoluten Fokus dieser Legislaturperiode gerückt werden.

Dr. Sven T. Olsen (Mecklenburg-Vorpommern): Den Ankündigungen der Politik, Bildung als prioritäre Aufgabe zu verstehen, müssen endlich Taten folgen. Dabei sind private Schulen genauso zu behandeln wie staatliche Schulen. Auch die Eltern von Kindern an privaten Schulen sind Steuerzahler und haben ein Recht auf staatliche Förderung.

Mathias Behrens (Mecklenburg-Vorpommern): Ich denke, dass mit einer Verbesserung der Kultur- und Bildungspolitik, von der dualen Ausbildung bis zum Studium die Menschen einen wesentlich größeren Lebensprofit davon tragen könnten. Die Leistungsbereitschaft/bzw. der Leistungswille wird mit der Familie früh angelegt, finalisiert sich aber auch in der Möglichkeit sich als Charakter ausreichend zu entwickeln.

Renate Dittgen (Saarland): „Aufgrund des hohen Fachkräftemangels muss mehr in Bildung investiert werden. Die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt ist bis jetzt nicht spürbar.“

K.P. Riedel (Thüringen): „Zuzug qualifizierter Fachkräfte schnellstens organisieren. Bildungssystem umfassend modernisieren!“

Dr. Hartmut Schwesinger (Hessen): „Digitalisierung und KI als Hauptfach an allen Schulen. Das Entwickeln eines Curriculums und dessen Umsetzung ist das wesentlich größere und wichtigere Problem, als die Ausstattung der Schulen mit Hardware.“

Lothar Wenzel (Hessen): „Ausbildungsplätze zusammen mit der Wirtschaft erhöhen! Bildung an Schulen, Hochschulen - Universitäten besser koordinieren, somit ALLE Bundesländer an einen Tisch und Ergebnisse einfordern!“

Walter Berger (Hessen): „Reform der schulischen und universitären Bildung in Richtung von Vorbildern wie Finnland (Kreativität, gemeinschaftliche Resilienz und Sozialkompetenz, proaktiver Gestaltungseifer, Risikoverständnis, und körperliche Widerstandsfähigkeit sind wichtiger als die Akkumulation von Standardwissen).“

Digitalisierung

René Thiemann (Nordrhein-Westfalen): „Deutschland benötigt eine umfassende Digital-Strategie in allen Lebenswelten/-bereichen, damit der Anschluss an die USA und China nicht vollkommen verloren geht. Ziel muss es sein, die führende Digitalrolle in Europa zu übernehmen“

Renate Tangermann (Schleswig-Holstein): „Künstliche Intelligenz muss weiterentwickelt werden. Vor allem sollte den Bürgern die Angst vor der "Digitalisierung" genommen werden. Es bedarf dringend einer Aufklärung. Wir dürfen die Entwicklung der KI nicht verschlafen und sollten politisch dringend handeln. Andernfalls sind wir in Deutschland bald von China abhängig.“

Marcel Kunze (Hamburg): „Digitalisierung ist bedeutender Motor einer modernen und leistungsfähigen Wirtschaft. Als eine der führenden Industrienationen in Europa sollten wir in eine leistungsstarke Digitalinfrastruktur investieren, um nicht zuletzt den Unternehmensstandort Deutschland nachhaltig zu stärken.“

Dr. Gunnar L. Schmüser (Hamburg): „Deutschland muss bei der Digitalisierung und der Industrie 4.0 Vorreiter sein bzw. bleiben, um die starke Position gerade im Maschinenbau und der Automatisierung international zu festigen. Investitionen in den Netzausbau und in der Bildung in die Zukunftsfelder müssen getätigt werden.“

Viktor Schicker (Rheinland-Pfalz): „Die Digitalisierung im Behördenbereich einschl. der Bürgerportale sollte bis auf Randbereiche bundeseinheitlich geregelt werden, mit dem Ziel, durch Automatisierung der Vorgänge Kosten zu senken und Personalreserven zu heben zugunsten sicherheitsrelevanter Bereiche (Polizei etc.).“

Christa Schleer (Baden-Württemberg): Digitalisierung muss dazu genutzt werden, Bürokratieprozesse kundenfreundlicher zu machen (z.B. Rentenberechnungen, -Anträge etc.) Steuersystematik endlich weiter angehen und europäisch digitalisiert entwickeln, statt eins zu eins den alten Zustand weiterzuführen.

Raimund Schreckenberger (Baden-Württemberg): Die Digitalisierung ist in der Bundesrepublik geradezu verschlafen worden. Die Stärke der deutschen Wirtschaft liegt im Knowhow. Know-how steht am Anfang jeder Wertschöpfungskette! In der Digitalisierung muss Deutschland nicht nur aufholen sondern wieder eine Spitzenposition erreichen.

Werner Theis (Baden-Württemberg): Wer Deutschland voranbringen will, muss europäisch denken. Ich halte es für dringend geboten, in der EU eine echte Industriepolitik einzuführen, die die bisherige Regional- und Forschungspolitik modernisiert und ergänzt.

Christian Sauer (Berlin-Brandenburg): Unsere digitale Industrie hat sich aus vielerlei Gründen nicht so entwickelt, wie in den USA und China. Allerdings ist die digitale Industrie eine der Schlüsselindustrien, um bei AI, IoT und weiteren Zukunftstechnologien mithalten zu können. Wir benötigen einen Masterplan, um die Digitalwirtschaft zu fördern.

Thomas Bleeker (Bremen): Das Thema des Kulturwandels hin zu agilen Unternehmensstrukturen und Digital Leadership in das Bewusstsein der Menschen bringen. Wir benötigen die Mithilfe aller an der Wirtschaft beteiligten, diesen Wandel hinzubekommen. Das Bewusstsein ist derzeit fast nicht vorhanden.

Ulrike A. Mix (Mecklenburg-Vorpommern): Die Digitalisierung ist eine enorme Chance für die deutsche Wirtschaft. Wir alle haben die Chance, diesen epochalen Wandel nicht nur mitzuerleben, sondern auch aktiv zu gestalten. Alle - der Bund, die Länder, alle Parteien und Unternehmen - müssen in die Lage versetzt werden, sich diesem Wandel bestmöglich zu stellen. Grundvoraussetzung dafür ist eine außerordentlich gute und flächendeckende Infrastruktur wie Breitband etc. Ohne diesen Unterbau versucht der Elefant den Sprung durchs Nadelöhr.

Thomas Brunschede (Hessen): „Wenn nicht zügig und massiv in den Breitbandausbau investiert wird, vor allem außerhalb von Ballungsräumen und in für Anbieter wirtschaftlich uninteressanten Gegenden, wird Deutschland seine wirtschaftliche Stellung verlieren. Wer beteuert, Digitalisierung sei wichtig, und es dann nicht einmal schafft, die grundlegendste aller Voraussetzungen zu schaffen, ist entweder unfähig oder schlicht unseriös. Diese Bundesregierung gefährdet seit Jahren die Zukunftsfähigkeit Deutschlands - das muss aufhören!“

Energie- und Umweltpolitik

Dr. Michael Ritzau (Nordrhein-Westfalen): „Wir brauchen eine konsequente Umsetzung der Klimaschutzvorgaben durch einen konsequenten Ausbau THG-neutraler Technologien nicht nur im Stromsektor, sondern insbesondere auch im Verkehrs- und Wärmesektor. Wir dürfen die Technologieführerschaft bei erneuerbaren Energien nicht gefährden, sondern müssen sie weiter ausbauen.“

Prof. Dr. Helmut Alt (Nordrhein-Westfalen): „Wir müssen die elektrische Energieversorgung ohne Subvention erneuerbarer Energien wieder wettbewerbsorientiert und ideologiefrei gestalten. Das Gerede von Klimaschutz und Umweltschutz muss wieder auf beweisbare Wirkungsmechanismen begrenzt und zu entideologisiert werden. Den Kraftwerksmix kostenminimierend zusammensetzen und den Zubau der die Stromerzeugungskosten verteuern, nur fluktuierend verfügbaren Wind- und Solaranlagen, endlich zu stoppen, denn Null mal beliebig viel bleibt gleich Null: Zu den Windmangelzeiten - in den Wintermonaten liefern die Solaranlagen bei nass-nebligen Wetterlagen ohnehin keinen nennenswerten Beitrag zur Lastdeckung -, ist und bleibt der Beitrag fluktuierender regenerativer Anlagen auch bei beliebigem weiteren Ausbau tageweise nahezu gleich Null.“

Friedrich Weinhold (Schleswig-Holstein): „Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands muss im globalen Wettbewerb erhalten werden. Dazu gehört auch eine planbare, bedarfsgerechte und sichere Energieversorgung. Ein gleichzeitiger oder unmittelbar aufeinanderfolgender Ausstieg aus der Kernkraft und der Kohle schadet dieser Wettbewerbsfähigkeit. Man darf das alte Wasser erst wegschütten, wenn man neues hat.“

Ingo Dreher (Baden-Württemberg): Die Energiewende muss technologieoffen gestaltet werden. Das einseitige Fokussieren nur auf Wind, Sonne und E-Mobilität wirkt absolut kontra-produktiv. Denn trotz immer mehr Geld genau für diese Sektoren steigt der deutsche Treibhausgas Ausstoß an. Hier ist ein Fehler im System, der nicht durch ein stupides "Weiter so" korrigiert werden kann, sondern nur durch ein Umdenken.

Norbert Theihs (Berlin-Brandenburg): Die Energiewende muss fair finanziert werden. Dazu gehört auch eine alternative Finanzierung, in der die Förderung für Neuanlagen aus dem Bundeshaushalt übernommen wird. Nur so ist eine Kostenbremse und die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen und der Erfolg der Energiewende gleichzeitig möglich.

Dr. Claus-Peter Martens (Berlin-Brandenburg): Die Alleingänge in der Energiepolitik müssen dringend ein Ende finden. Wir dürfen nicht zu Lasten unserer Industrie den ohnedies untauglichen Versuch unternehmen, das Weltklima zu retten. Die vermeintlich „grüne Energie“ darf nicht weiter gegen Sinn und Verstand und vor allem zu Lasten der Natur gefördert werden. Förderung muss vielmehr zwingend an eine belastbare Ökobilanzierung gekoppelt werden.

Dr.-Ing. Dr.h.c. Lothar W. Meyer (Sachsen): „Zur Verhinderung von unbezahlbaren, wirtschafts-belastenden Strompreisen und landesweiten Black-Outs: Sofortiges Abschaffen des Privilegs der bevorzugten Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren Energien z.B. durch 10%-Reduktions-Schritte/Jahr und Einführung einer Grundlastfähigkeit von 3%/Jahr (z.B. mit einer Vorbereitungszeit von 3-5 Jahren)“

Infrastruktur/ Wettbewerbsfähigkeit

Bernhard Kirschbaum (Nordrhein-Westfalen): „Wesentlich für ein schnelleres und rechtzeitiges Vorankommen in der Sanierung der Infrastruktur in Deutschland ist das Vereinfachen und Entschlacken des Ausschreibungs- und Vergaberechts, sowohl auf nationaler als auch EU-Ebene.“

Hilmar Marsula (Nordrhein-Westfalen): „Um den Wettlauf für die Zukunft nicht zu verlieren, benötigen wir dringend mehr Investitionen in digitale und analoge Infrastruktur. Der Solidaritätszuschlag sollte für 5 Jahre in einen Zukunftsbeitrag überführt werden und zu 100 % in digitale und analoge Infrastruktur investiert werden. Dann kann er entfallen.“

Burkhard Blesel (Nordrhein-Westfalen): „Der Breitbandausbau und die Verkehrsinfrastruktur müssen allerhöchste Priorität haben, da davon viele anderen Lösungen für die Zukunft abhängen. Ebenso wichtig ist die Forschung und Entwicklung neuer Technologien, damit Deutschland wieder als fortschrittliches und zukunftsweisendes Land angesehen wird.“

Richard Winter (Hamburg): „Wir brauchen eine Abkehr von Scheindiskussionen wie Grenzsicherung oder Kreuze in Amtsstuben. Wir müssen uns konzentrieren auf staatliche Investitionen in Infrastruktur und Bildung.“

Mirko Kolakovic (Thüringen): „Deutschland muss sich international wettbewerbsfähig halten. Insbesondere als Investitionsstandort. Dazu gehören langfristige Zuverlässigkeit

für Investitionen (siehe am Beispiel Kohlekraftwerke) und ein flexibler und international konkurrenzfähiger Arbeitsmarkt anstatt die Flexibilität ständig weiter einzuschränken.“

Ingo Nawrath (Baden-Württemberg): Das Leben im Stau auf den Straßen muss ein Ende haben. Deutschland braucht einen schnelleren Ausbau seiner wichtigen Verkehrswege.

Jürgen Bühler (Baden-Württemberg): Bauanträge, Genehmigungsverfahren und Infrastrukturverbesserungen der öffentlichen Hand verzögern wirtschaftliche Aktivitäten in unverantwortlicher Weise.

Erhard Rau (Baden-Württemberg): Ich vermisse den wirtschaftlichen Weitblick der Koalition. Die Angst um die Wettbewerbsfähigkeit ist begründet. Der Koalitionsvertrag ist eine Umverteilung anstatt eine Zukunftssicherung“

Dietmar Berger (Baden-Württemberg): Vor Allem den Blick über unseren Tellerrand hinaus richten und realisieren wie fortschrittlich und rasant die globalen wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in anderen Ländern stattfinden. Dies MUSS man allen aber insbesondere auch unseren jungen Mitbürgern vermitteln.

Europapolitik

Dr. Hans Joachim Kind (Nordrhein-Westfalen): „Statt einer Aufblähung des EU-Haushalts sollte dessen Senkung zumindest in Höhe des wegfallenden britischen Anteils durch Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips durchgesetzt werden.“

Markus A. Pfeifer (Nordrhein-Westfalen): „Deutschland ist nur dann ein starker und zukunftsfester Wirtschaftsstandort, wenn es Europa gelingt, einig und geschlossen aufzutreten. Deutschland ist gut, aber nicht stark genug um sich im Konzert der großen Mächte bestehen zu bleiben. Wir müssen ein Gegengewicht gegen die großen Player (China, Indien, Russland und USA) aufbauen. Das kann aber nur mit einer starken Allianz der europäischen Staaten gelingen. Deutschland allein geht da unter. Deutschland ist die stärkste Wirtschaftsmacht in Europa. Aber gegen die nichteuropäischen Wirtschaftsmächte haben wir allein auf Dauer keine Chance. Stellen wir das geschickt an und spielen unsere Trümpfe klug aus, dann werden wir auch in Zukunft die Wirtschaftsmacht in Europa und der Welt bleiben.“

Peter-J. Bisa (Nordrhein-Westfalen): „Deutschland wird zum Zahlmeister für europäische Banken und deren Risikopolitik. Die Null-Zins-Politik der EZB verschleiern nur die Krise im Euro-Raum. Griechenland muss aus dem Euro aussteigen zwecks Konsolidierung. Es ist fatal, Hilfen mit derartig langfristigen Null-Zins-Bedingungen zu gewähren, da wir dafür haften.“

Wolfgang Reichelt (Niedersachsen): „Unsere größten Probleme liegen in der Regelungswut der Europäischen Kommission.“

Christoph Raitelhuber (Bremen): Die Bevölkerung muss darauf vorbereitet werden, dass die Währungsunion EUR nur funktioniert, wenn sich alle an die Stabilitätskriterien halten. Da dies seit Gründung nie der Fall war, sind die Chancen, dies in Zukunft zu verwirklichen, sehr gering. Zwei Alternativen: Transferunion oder Austritt. Hierüber muss eine breite Debatte geführt werden mit dem Risiko, dass das Volk anders abstimmt, wenn es dazu kommen sollte, als die Politiker wollen. Der Fehler, dass das Volk bisher über so eine elementare Frage, die die Eigenstaatlichkeit berührt, nicht abstimmen durfte, darf in Zukunft nicht wiederholt werden.

Jörg Lauber (Sachsen-Anhalt): Einhaltung der Stabilitätskriterien, die Voraussetzung für die Einführung des Euro waren. Unter keinen Umständen darf es zu einer Vergemeinschaftung von Bankschulden kommen, auch nicht für die Zukunft.

Einwanderungs- und Integrationspolitik

Christof Schneiderat (Nordrhein-Westfalen): „Es wäre aus meiner Sicht wünschenswert ein Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen um eine qualifizierte Zuwanderung zu steuern. Die in Teilen marode Infrastruktur müsste deutlich schneller in Stand gesetzt werden. Zur Not auch mit neuen Schulden, aber am Liebsten durch eine Umverteilung im Haushalt (... Rentengeschenke usw.). Im Bereich der unregulierten Zuwanderung durch Flüchtlinge (nicht EU) würde ich mir wünschen, dass die Verfahren schneller durchgeführt werden und die gesetzliche Widerspruchsmöglichkeit auf eine Instanz verkürzt wird.“

Jörn Caspar (Hamburg): „Die über alles wichtige Flüchtlingsfrage muss in u.a. drei Punkten gelöst werden: 1. In Europa müssen identische Sätze gelten, damit der heutige Anreiz, unbedingt nach Deutschland kommen zu wollen, unterbleibt. 2. Nur noch Menschen mit gültigen Ausweispapieren dürfen einreisen, um die Abschiebung überhaupt zu ermöglichen. 3. Es darf keinen Familiennachzug für nicht auf Dauer

anerkannte Flüchtlinge geben. In allen anderen politischen Feldern werden sich die Parteien (ohne Die Linke) einigen.“

Erwin Heimberger (Hamburg): „In der Zuwanderungs- und Integrationspolitik muss eine neue klare Linie für die Zukunft geschaffen werden. Menschen aus Kriegsgebieten müssen wir weiterhin helfen. Aber wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass keine Wirtschaftsflüchtlinge in das Land kommen. Wir brauchen eine rückhaltlose Rückführung aller Flüchtlinge, die kein Bleiberecht erhalten. Außerdem brauchen wir eine strengere Bestrafung von Flüchtlingen, die Gesetze missachten. Die doppelte Staatsbürgerschaft sollte abgeschafft werden und der Staat muss seine Rechte rückhaltlos durchsetzen. Bereits an den Grenzen muss dafür gesorgt werden, dass nur diejenigen nach Deutschland kommen, die Anspruch auf Hilfe haben.“

Axel Kiel (Hamburg): „Das Migrationsproblem muss sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene angegangen werden. Neben einer Schließung der EU-Außengrenzen ist eine Hilfe für die afrikanischen Länder, insbesondere durch Handelserleichterungen und durch Unterstützung der dortigen staatlichen Systeme (Verwaltung) vorzusehen.“

Wilhelm B. Könnig (Baden-Württemberg): Die Flüchtlings- und Migrationspolitik ist der AfD überlassen worden. So lange wir das nicht ändern, werden wir bei den Wahlen weiter an Boden und Rückhalt in der Bevölkerung verlieren. Die innere Sicherheit war für viele Jahre ein Markenzeichen der Unionsparteien.

Prof. Dr. Hans Martin Braun (Baden-Württemberg): Wir brauchen dringend ein Einwanderungsgesetz, damit wir, vor allem der deutsche Mittelstand, kompetenten und arbeitswilligen Einwanderern eine echte Chance geben und damit unseren sich anbahnenden Arbeitskräftenotstand beseitigen können. Es ist ein Unding, dass Ausbildungen im Ausland hier nicht anerkannt werden und somit Einwanderer in für sie minderwertigen Jobs ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, obwohl sie in Deutschland dringend in ihrem Originalberuf gebraucht werden.

Klaus-J. Meyer (Brüssel): Deutschland muss mehr Aufmerksamkeit geopolitischen, außenpolitischen verteidigungspolitischen sowie langfristigen wirtschaftlichen Entwicklungen widmen. Entsprechend müsste auch der Bundeshaushalt gestaltet sein. Sehen wir vor lauter Sozialstaat noch z.B. die langfristigen Pläne Chinas in der Welt?

Alfons-Josef Wolff (Sachsen-Anhalt): Die Asylpolitik der Bundesregierung ist in der Vergangenheit und aktuell nicht geeignet, die Probleme rund um die Einwanderung zu lösen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, geltendes Recht konsequent

anzuwenden. Die aus meiner Sicht damit verbundenen inneren Sicherheitsprobleme sind konsequent, entsprechend unserer Gesetzeslage zu verfolgen und einzudämmen.

Hans-Joachim Erfurt (Hessen): „Flüchtlingen den direkten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu öffnen. Und nicht zu sehr von Deutschkenntnissen abhängig zu machen. Dann hätte das Handwerk weniger Sorgen, qualifizierten Nachwuchs heranzuziehen und sinnvoll eingesetzt richtig zu qualifizieren.“

Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Dr. Karl Heinz Adlfinger (Hessen): „Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit durch mehr Ausgaben, Zusammenarbeit und Effizienz!“

Axel Banike (Thüringen): Wiederaufbau der Bundeswehr zu einer die Landesverteidigung befähigten Truppe

Wolfgang Panzer (Baden-Württemberg): Der Staat muss zunächst seine dringlichsten Aufgaben ernst nehmen und erfüllen: innere und äußere Sicherheit gewährleisten. Dazu gehört ein Wiederaufbau der Bundeswehr ebenso wie der sofortige Stopp der unkontrollierten Zuwanderung.